

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr 15689.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insätze kosten für die Petitzelle oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Ztg.

London, 10. Februar. (W. C.) Der "Times" zufolge wurde der griechischen Regierung mitgetheilt, daß das neue britische Cabinet halte in der Balkanfrage an der Politik Salisburys fest; die Befehle des letzten an den englischen Flottencmdandanten würden unbedingt ausgeführt werden, falls Gelegenheit dazu entstehen sollte.

Dem "Daily Telegraph" zufolge wird die Regierung die Socialisten, welche am Montag die zu den Unruhen führenden aufrührerischen Reden hielten, in Auflagestand versetzen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Februar.

Die Colonisationsvorlage.

Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene und im Vorlaute in den Morgen-Telegrammen mitgetheilte Gesetzentwurf betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen entspricht fast in allen Punkten den Andeutungen, welche der Reichskanzler über die Absichten der Regierung bereits in der Sitzung am 28. Januar gemacht hat. Nur die Höhe des Blancocredits — 100 Mill. M. — welche die Regierung zum Ankauf von Grundstücken u. s. w. in Anspruch nimmt, muß überraschen, um so mehr, als diese außerordentliche Summe bezüglich ihrer Verwendung einer parlamentarischen Controle überhaupt nicht mehr unterliegt. Die Ausführung des Gesetzes, d. h. die Verwendung des Fonds erfolgt durch eine Commission, über deren Zusammensetzung eine königl. Verordnung bestimmt und bezüglich deren das Gesetz nur vorschreibt, daß je zwei Mitglieder des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses derselben angehören. „Wenn der Landtag“ bemerkt dazu die „Liberalen Correspondenz“, dieses Gesetz bewilligt hat, so steht demselben irgend ein weiterer Einfluß auf die Verwendung der 100 Millionen nicht mehr zu; dagegen erhält er jährlich einen Rechenschaftsbericht, wie der Reichstag einen solchen bezüglich der Ausführung des Socialistengesetzes erhält. Mit anderen Worten: Die gezeigenden Röpferhaften danken ab zu Gunsten einer Commission, auf deren Zusammensetzung sie nur einen verschwindenden Einfluß haben. Selbst in den Zeiten des absoluten Regiments, auf die wir heute mit Geringachtung herabzusehen gewohnt sind, wurde die innere Colonisation anders betrieben. In der Denkschrift, mit der Oberpräsident v. Flottwell am 15. März 1841 beim Scheiden aus seiner Posener Stellung dem Könige Friedrich Wilhelm IV. die Grundsätze, nach denen er die dortige Verwaltung geführt habe, eingehend darlegte, liest man:

„Um die Zahl der intelligenten und zugleich in ihrer politischen Gesinnung zuverlässigen Rittergutsbesitzer zu vermehren, haben des Höchstseligen Königs Majestät durch die Allerböseste Cabinetsordre vom 13. März 1833 zu befehlen geruht, daß vor den zur Subhastation gelangenden größeren Besitzungen die zur Wiederüberführung sich vorzugsweise eignenden für Rechnung des States angefaßt und nach erfolgter Regulirung der bauerlichen Wirthschaft, und zwar nach Makaze der für die Domänen-Verwaltung bestehenden (für die Bauern sehr günstigen) Grundlässe, an wohlhabende, intelligente und wohlgefundne Erwerber deutscher Akkunft wieder veräußert werden sollen. — Diese in jeder Beziehung zweckmäßige Maßregel ist auch bisher in Ausübung gebracht; es sind dadurch der Provinz etwa 30 neue Rittergutsbesitzer deutscher Akkunft gewonnen worden, welche bisher den Erwartungen entsprochen haben, und es ist zu hoffen, daß auch die bereits im Besitz des Fiscus befindlichen, noch nicht veräußerten Herrschafts-Läger und Warznow die nämlichen Resultate liefern werden. Für die Staatskräfte ist bisher aus dieser Wieder-Veräußerung durchaus kein Nachteil erwachsen, vielmehr hat der zu diesem Zwecke ausgesetzte Betriebsfonds von einer Million Thaler einen sehr ansehnlichen Gewinn gemacht, so daß also der Fortschritt dieser Operation von keiner Seite ein Hinderniß entgegensteht. Die bauerlichen Besitzer dieser Güter sind sehr vortheilhaft regulirt und befinden sich in einem ganz prästationsfähigen Zustande, ihre Renten zahlen sie an die Staatsfasse und stehen mit den neuen Gutsherrn in gar keiner Verbindung.“

In der Zeit des Herrn v. Flottwell — 1830 bis 1840 — unter der Herrschaft des verblüfflichen

Stadt-Theater.

So oft auch Rossini's unverwüstliche Buffooper „Der Barbier von Sevilla“ gehört wird, immer ist die Bemerkung zu machen, daß die Technik der Sänger, speziell der männlichen, der überreichen Coloraturverbrämung dieser Musik nicht gewachsen ist. Sowohl an Rehl- wie an Zungenfertigkeit bleiben die deutschen Sänger hinter ihren italienischen Collegen, die sich ein unvergleichliches musikalisches Parlano zu eigen gemacht haben, weit zurück. Von der sprudelnden Lebendigkeit, von dem überflüssigen Humor dieses Rossini'schen Meisterwerkes, das so recht aus einem Guss geschaffen ist, gleichsam als Augenblicksproduktion eines Genius, dem die reizendsten Melodien in unverstümmeliger Fülle zuströmten und dem sich selbst formte, ohne viel reifeten zu dürfen, können nur italienische Künstler, begünstigt durch die gefangenen Vorzüge ihrer Sprache, dem Hörer einen rechten Begriff geben. Die deutschen Sänger suchen den Bündniss mehr in den Späßen, die mit der Musik in keinem Zusammenhange stehen, und gefallen sich in Carricaturen, die der beabsichtigten Komik des Werkes nicht entsprechen, namentlich nicht dem Geiste der Rossini'schen Musik, deren Haltung bei aller Ländlichkeit und übermuthiger Laune doch immer eine graziöse und noble ist. Solche Wahrnehmungen drangen sich bei der gestrigen Vorführung der Oper dem Zuhörer, der vor allen Dingen musikalische Genauigkeit und gesangliche Glätte gewahrt sehen möchte, von selbst auf. Am meisten im Einklang mit der Eigenartigkeit des

Königthums reichte eine Summe von 3 Mill. M. aus, heute unter der Herrschaft der constitutionellen Verfassung verlangt die Regierung 100 Mill. Mark zur freien Verfügung. Die Vorlage ist, wie es scheint, dazu bestimmt, die Probe auf die absolute Ergebenheit der „nationalen“ Majorität in den Willen der Regierung zu machen.“

Uebrigens scheint mit der Forderung von 100 Mill. Mark das Creditbedürfniß noch kein eswegs erschöpft zu sein. Die weiteren noch zu erwartenden Entwürfe sollen sich auf die Anstellung von Lehrern, auf die Schulpflicht, die Schulversäumniss, die deutsche Sprache als Schul- und Gerichtssprache u. s. w. beziehen und, so fügt die „N. Allg. Ztg.“ hinzu, natürlich auch entsprechende Credits in Anspruch nehmen. Der Kampf gegen die Polonisierung scheint demnach nicht nur unter das Staatsrecht des Landtags zu fallen. Es ist ganz gut gewesen, daß hr. Dobrecht in seiner Schlussrede zu dem Polen-Antrag besonders hervorhob, durch die Erklärung der Bereitwilligkeit, die zur Ausführung des Antrages erforderlichen Mittel zu bewilligen, habe sich Niemand in Betracht der Höhe zu bewilligenden Mittel gebunden.

Die neue Form des Monopols.

Über die Form, in welcher der Gesetzentwurf betreffend Einführung des Branntweinmonopols an den Reichstag gelangen wird, verlautet jetzt zuverlässig, daß derselbe sich zunächst auf das Gebiet der norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft Elsass-Lothringen eingeschlossen, erstrecken, vorläufig also die Mainlinie respektiren wird. Über den Beitrag der süddeutschen Staaten sollen in der Folge erst, vorausgesetzt, daß der Reichstag die Vorlage überhaupt annimmt, die süddeutschen Landtage entscheiden. Voraussichtlich werden die Regierungen die Erklärung abgeben, daß sie vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Landesvertretungen bereit sind, auf ihre Reservatrechte bezüglich der Branntweinsteuerung zu verzichten. Unter diesem Vorbehalt haben, wie uns unser Correspontent schreibt, die Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens an den Verhandlungen in den Ausschüssen, welche gestern die zweite Lesung begonnen haben, Theil genommen und sich bemüht, die Interessen ihrer Branntweinbrenner entzweitenden Änderungen des Entwurfs herbeizuführen. Da diese Regierungen somit in der glücklichen Lage waren, gewissermaßen die Bedingungen zu dictiren, unter denen das Branntweinmonopol in ihren Teilen eingeführt werden soll, so können die Erfolge, welche sie in dieser Richtung erzielt zu haben scheinen, nicht überraschen.

Über die im Einzelnen beschlossenen Änderungen der Vorlage wird wohl erst nach Beendigung der zweiten Lesung in den Ausschüssen Näheres bekannt werden.

Im Abgeordnetenhaus kamen gestern noch einmal die Polenauweisungen zur Debatte. Aufsehen erregte dabei namentlich die Schilderung des Abg. Szumila über die Folgen der Ausweisungen in Oberschlesien. Die nachfolgende Debatte über die offiziöse Presse ließ interessante Schlaglichter auf die Art und Weise fallen, wie mit Staatsgeldern für die Regierung in den Kreis- und sonstigen conservativen Blättern Stimmung gemacht wird. Wie sehr die dabei gegebene Charakterisierung der offiziellen Presse darüber das Richtige getroffen, geht aus den wütenden Angriffen hervor, die ein Oberoffizier in den „Polit. Nachr.“, gerade gegen den Abgeordneten Rickert richtet. Auf dieselben einzugehen, verlohne sich selbstredend nicht. Wir erwähnen sie nur, damit diejenigen unserer Leser, die etwa in den offiziös gepflegten conservativen Provinzorganen diesen Ausfällen begegnen sollten, über den Ursprung derselben orientiert sind.

Die letzte Abweisung der Bimetallisten.

Die gestrige Reichstagsitzung nahm einen ruhigen Verlauf. Ihr Hauptinhalt war die Beendigung der Niederlage der Bimetallisten. Die große, auch nach der Rede des Herrn v. Scholz trocken angekündigte Action der Bimetallisten im Reichstage ist kläglich gescheitert.

Seit Jahren und besonders laut seit den Wahlen von 1884 verkünden die bimetallistischen Agitatoren alljährlich ein paar Mal, daß die Mehrheit des

Werkes stand die Rosine des Fräulein v. Weber, die über eine ausreichende Virtuosität verfügt und die Partie in gesanglichen Fluss zu bringen versteht. Auch der graziente Darstellung konnte man volle Sympathie schenken. Zu bemerken ist nur, daß die Sängerin, welche der Natur ihrer Stimme entsprechend immer nach höheren Tonlagen strebt, der Bariton gar zu viele anbrachte und sich in einigen Musikstücken, z. B. in der Auftrittsarie und in dem Duett mit Figaro von dem Rossini'schen Original sehr weit entfernte. Die am Fräulein v. Weber bekannte große Volubilität des Organs, die geschickte, wohltaunende Verwendung des hohen und höchsten Kopfregister, ihre Fertigkeit im Staccato und Triller und andere Spezialitäten des virtuosen Gesanges kamen in trefflicher Weise zur Geltung, auch in den beiden Einlagen, den oft gehörten Prok'schen Variationen und zum Schluß in dem brillanten Walzer l'incantatrice von Arbilli. — Von den männlichen Figuren zeigte sich Herr Starkofsch (Figaro) für die Partie am meisten geschult. Er konnte entschieden das Übergewicht an Biegfamkeit des Organs und gebildeter Vortragsweise für sich in Anspruch nehmen, wenn auch der Arie die volle sprachliche Behendigkeit, die elektrisirende Leichtigkeit des Gesanges, die richtigen Figaronatur angemessen, nicht ganz nach Wunsch beinhaltete. — Mit dem Grafen Almaviva befanden sich viele Tenoristen in einer unbeständigen Lage. Das Auspielen fröhlicher Brusttöne ist in dem zarten Standchen, das sich auf glatter Melodienfluth, umkränzt von leicht beweglichem Wellenspiel eleganter Coloratur schaukelt, mit

Reichstags bimetallistisch gesinnet sei und, wenn sie nur den energischen Willen behältte, die deutsche Reichsregierung leicht zur Initiative für den Abschluß eines internationalen Währungsbundes drängen könne. Schon im vorigen Jahre sind diese großsprechischen Behauptungen zu Schanden geworden; ein sehr vorsichtig gehaltener bimetallistischer Antrag ist, obwohl die Reichsregierung mit ihrer Herzlosigkeit zurückhielt, damals im Reichstag abgelehnt worden. Diesmal hat man, wie schon erwähnt, für den geplanten ähnlichen Antrag des Herrn von Kardorff und Genossen nicht einmal die erforderliche Anzahl von Unterschriften zur Unterstützung aufstreben können. Man hat sich damit begnügen müssen, in den vornehmlich berühmten Fraktionen, dem Centrum und den Conservativen, einen Compromiß-Antrag zu vereinbaren, den jeder Freund der Goldwährung unterzeichnet kann und den tatsächlich überzeugte Anhänger der Goldwährung unterzeichnet haben. Nicht der ersten Schrift zum Abschluß eines bimetallistischen Weltbundes verlangt man von der Reichsregierung, sondern nur eine „erneute, eingehendste Prüfung der Währungsfragen“. Damit ist die ganze neueste Agitation in den landwirtschaftlichen Casinos und Vereinen, die in ihren Petitionen den „schleunigen“ Übergang zur internationalen Doppelwährung fordern, völlig fallen gelassen; es wird ungekehrt ein so „schleuniger“ Rückzug angetreten, daß man es sogar vergift, der Reichsregierung irgend eine Directive für ihre Studien zu hinterlassen.

Die richtige Abweisung eines so inhaltlosen Auftrags hat gleich in der gestrigen Debatte der Schatzsekretär v. Burchard mit der kurzen Erklärung erheilt, daß die verbündeten Regierungen der Währungsfrage stets die größte Aufmerksamkeit zugewendet haben und selbstverständlich auch in Zukunft zuwenden würden.

Die Branntweinsteuer in dem System der Verbrauchsbesteuerung.

Die soeben von Dr. Gras, Syndicus der Handelskammer in Breslau, veröffentlichte Schrift über das Branntwein-Monopol, welche in Form eines Gutachtens eine streng sachliche Kritik an dem Project übt, behandelt auch einen in der bisherigen Discussion wenig berührten Punkt: die Stellung der Branntweinsteuer in dem ganzen System der Verbrauchsbesteuerung. Mit vollem Recht macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß mit dem Ausdenken irgend einer neuen Form der Branntweinbesteuerung, durch welche der Reichskasse hunderte von Millionen zugeführt werden könnten, sei es ein Monopol, sei es eine Fabriksteuer oder eine Consumsteuer, die Sache durchaus nicht abgethan sei. Jede solcher Berechnungen kann die Frage finanzpolitisch nicht erschöpfen, weil einfach kein Volk der Erde im Stande sein dürfte, ein paar hundert Millionen von einer bestimmten Verbrauchssteuer mehr aufzutragen, ohne daß andere bestehende Steuereinkünfte darunter leitten. Erst mit der Erkenntnis dieses innigen Zusammenhangs zwischen den einzelnen Verbrauchssteuern gewinnt man den richtigen Standpunkt zur Beurtheilung aller auf Erhöhung der Branntweinsteuer gerichteten Projekte. In früherer Zeit hat auch der Reichskanzler es für sein steuerpolitisches Ideal erklärt, daß man nach dem Beispiel Englands hohe Einnahmen aus der Verbrauchsbesteuerung durch starke Belastung einiger weniger leistungsfähiger Consum Artikel, wie Bier, Branntwein, Wein, Tabak zu generieren suche. Aber wie in England war es dabei eine nothwendige Voraussetzung, daß man nicht gleichzeitig hohe Steuern auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse legte. Die Möglichkeit einer solchen Steuerpolitik ist durch die 1879 beigeommene Wirtschaftspolitik bestätigt. Unter den finanziell wichtigsten Verbrauchssteuern des deutschen Reiches stehen heute der Getreidezoll und der Petroleumzoll oben. Es wäre aber ein vergebliches Beginnen, zu gleicher Zeit aus allen Artikeln, sowohl aus denen, welche auch der Armut täglich verbraucht werden müssen, wie aus denen, deren Verbrauch in gewissem Grade ein freiwilliger ist, hohe Steuererträge ziehen zu wollen.

Die Forderung, daß bei einer starken Erhöhung der deutschen Branntweinbesteuerung gleichzeitig Artikel des unentbehrlichsten Be-

Erfolg nicht anzuwenden. Herr Thate suchte sich der ihm nicht zufagenden Situation durch gar zu bemerkbares Vorwärtsstellen zu entziehen. In dem tödlichen ersten Finale, wo die Komik der Situation besonders drastisch ausgebeutet ist und wo der hochgeborene Graf in der Maske eines trunkenen Schniedls vom Regiment erscheint, führte hr. Thate seine Aufgabe recht wirkungsvoll durch. — hr. Schwenckfeld gab den Doctor Bartholo in der üblichen, mit den bekannten Späßen gewürzten Weise, die immer wieder belacht zu werden pflegen. Seine Arie beschädigte er durch einen unvorsichtigen Einfall, der dem musikalischen Ohr einen empfindlichen Nadelschlag beibrachte. Der Basilio des Herrn Hermann würde durch eine zweifelsfrei vis comica an Effect gewonnen haben. Die Verläudungarie war eine tüchtige musikalische Leistung. — Im Ensemble der Oper war nicht immer Alles in Ordnung. Das Wünsche Ihnen wohl zu ruhen“ drohte verschiedene Male im überreilten Weiterteil der Einsätze aus den Jugen zu gehen.

Literarisches.

Die Musterfamilie von Holzschnitten aus den Blättern verschiedener Völker (Franz Lipperheide, Berlin) hat wieder ein neues Heft ausgegeben. Es geht uns mit diesen Blättern eigentlich nicht. Zuerst fehlt uns die realistische Leben, die kräftige, selbst derbe Wahrheit der Schilderungen, die packende Wirkung der Realitäten. Allmählich aber empfinden wir doch, daß Vieles der englischen, amerikanischen, französischen Illustrationen gar zu stark auf den Effect berechnet ist, daß die scharfe Nebeneinanderstellung freidiger und rüffiger Töne nicht immer günstig wirkt. So dies-

dars, wie Brod und Petroleum, von jeder Steuer befreit werden, entspricht deshalb nicht nur der steuerpolitischen Gerechtigkeit, ihre Erfüllung ist auch eine Voraussetzung für jede erfolgreiche, ausgiebige Besteuerung solcher Artikel wie Tabak und Branntwein.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus

haben gestern die Abgeordneten Kreuzig und Geissen einen Gejätzewurf betreffend die Einführung eines Holzzolles zur Paralyse der deutschen Holzzölle und zum Schutz der Holzindustrie besonders in den Grenzgegenden eingebracht. Abg. Sigl brachte die Interpellation an den Handelsminister ein, ob derzelbe geneigt sei, bei der deutschen Regierung die Herabsetzung der Tarife für Holz und Steinwaren zu erzielen und ob in dieser Beziehung bei den Verhandlungen mit Ungarn die Erforderliche veranlaßt sei; ferner, ob die Regierung bereit sei, zur Verbesserung des schlechten Lokalbahnhafes die Eisenbahn Hannsdorf-Ziegenhals auszubauen.

Die Socialistenruhnen in London haben auch noch gestern nachgewirkt. Am Nachmittag rotteten sich abermals mehrere hundert Personen unter Lärm und Schreien auf Trafalgar Square zusammen. Die Fensterläden der dort befindlichen Läden waren infolge Warnung der Polizei geschlossen und der Platz wurde von der Polizei gesäubert.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Persien sind gegenwärtig weit davon entfernt, freundlich zu sein, und zwar in Folge einer Grenzschwierigkeit in der Provinz Khotur, die von ottomanischen Truppen befreit ist. Es verlautet, daß die Perser an der Grenze Truppen konzentriert. Den Türken müßte im gegenwärtigen Augenblick ein Streit mit dem afghanischen Nachbar sehr ungelegen sein. Vielleicht steht hinter Persien noch ein anderer Nachbar.

Die vom Congress der Union verfolgte feindselige Gelehrung gegen die Mormonen hat tatsächlich jeder Mormonen-Einwanderung aus Europa ein Ende gesetzt. Seit November sind hier keine Mormonen angelangt, und auch die Schiffssagenten sagen, daß die beugige Gelehrung eine beträchtliche Wirkung auf die Pläne Bieler gebracht hat, die sich nach der Salzseestadt zu begeben beabsichtigten.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 9. Februar.

Stat des Ministeriums des Innern, Kap. 94: „Landgendarmerie.“ Abg. Wehr (freicons.) empfiehlt Namens der Commission die Vermehrung der Gendarmerie um 28 berittenen und 56 Fußgendarmen, d. h. um je einen berittenen und zwei Fußgärdnen für die 28 östlichen Grenzkreise.

Abg. Jaedel (freicons.): Die Überwachung der östlichen Grenze erhebt dringend eine Vermehrung des Überwachungspersonals, um dem Anwachsen der Überläufer aus Russisch-Polen gewachsen zu sein. Die Bevölkerung des Kreises Strasburg haben mir die dringende Notwendigkeit der Ausweisungs-Maßregeln bewiesen. Die vorhandenen Polizeikräfte lange nicht aus. Die Lebenskreise, aus denen die Amtsvertreter genommen werden müssen, sind zur Zeit nicht im Stande, Kerla zu bieten, welche allen an solche Selbstverwaltungsbeamte heranzutretenden Anforderungen genügen. Wenn der Abg. Riedert die Stimmung im Kreise Strasburg durch die Petition des landwirtschaftlichen Vereins und des Hrn. v. Keyserling als gegen die Ausweisungen gerichtet charakterisiert, so irrte er. Hier ist vielleicht das Gefühl mit Hrn. v. Keyserling durchgegangen. An der Notwendigkeit der Ausweisungen ändert dies nichts. Von einer Ausweisung aus religiösen Motiven und daß speziell Katholiken davon betroffen würden, kann keine Rede sein, ich könnte Ihnen auch mit zahlreichen Beispielen von Ausweisungen evangelischen Polen aufwarten. Gegenwartig sind die Ausweisungen, so schwer sie auch den Einzelnen betreffen mögen, mit Härte oder Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden. Willigen Sie die Vermehrung! (Beifall rechts.)

Abg. Windhorst: Es ist unmöglichlich nötig, daß uns die Regierung ein vollständiges statistisches Material augeben läßt über Zahl u. der Ausgewiesenen, namentlich auch darüber, welcher Religion die Ausgewiesenen und deren Angehörige sind. So lange die Statistik nicht gegeben wird, finde ich, daß etwas zu vernehmen ist. (Widerspruch rechts.) Wenn die Polizei nicht genügt, so muß sie vermehrt werden, aber es fehlt der Nachweis. Das in den betreffenden Gegenden nicht das genügende „Material“, wie der Herr die zur Selbstverwaltung beruhenden Organe zu bezeichnen beliebte, vorhanden sei, ist mir neu. Soll der Gendar

mal Caton Woodville's „Aufstand in der Herzogswina“, Renouard's „Masaz“, Bayle's „Geheimbündler Gal“, Flott und geistvoll, markant und scharf charakteristisch bei aller

den Amtsvorsteher ergänzen, so wäre dies eine weitere Beurtheilung der für jene Gegend geöffneten Selbstverwaltung; das werden wir uns für die Provinzen, wo sie noch eingerichtet werden soll, ad natum nehmen. Wir wollen den Nachweis, ob Gendarmen nötig sind, um den Zugang zu verhindern; aber zu Ausweisungen bewilligen wir sie nicht. Von Überläufern ist hier überhaupt nichts die Rede, sondern nur von Einwanderern. (Widerpruch rechts.) Will man sie allmählig über die Grenze bringen, so habe ich auch dagegen nichts, aber man soll sie nicht vor Schub über die Grenze schicken ohne vorherige Bestätigung mit den Grenzbehörden. Das ist ungerecht. Ich halte jedes Wort aufrecht, was ich gesprochen; erst klare statistische Angaben, dann werden wir uns entscheiden. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde (conf.). Die Gendarmen sind die notwendige Ergänzung der Selbstverwaltung, da ihr die Executive fehlt, ohne welche das Kaisergemüth gar nichts auszurichten im Stande ist. Die Zahl der Gendarmen ist überhaupt gar keine so erstaunliche, besonders wenn man sie, 4048 im ganzen Staate, den 3000 Schutzen, welche Berlin allein nötig hat, gegenüberstellt.

Abg. Kantak (Pole) hält es nicht für angezeigt, auf die Polensfrage zurückzugehen und auf die Ausweisung einzugehen. Dazu werde sich noch hinreichend Gelegenheit bieten. Seiner Ansicht nach sei aber doch die Sache damit nicht abgetan, daß die Regierung die Bewehrung der Gendarmerie für nötig halte, zum mindesten müsse man mit Windthorst eine zahlenmäßige Begründung verlangen. Alle Begründungsversuche für die Ausweisungen gipfeln nur in Behauptungen von politischen Agitationen und dergleichen, waren von Hass und Ironie durchdrängt, brachten aber keine Spur eines Nachweises von der Gefährlichkeit der 30- bis 40.000 Ausgewiesenen. Der Minister v. Puttkamer müsse einen besonderen, neuen Begriff von Humanität haben, wenn er die Ausweisungsmaschine nicht für unhuman zu erkennen vermöge. Hier stehe das Urtheil des Ministers v. Puttkamer dem der ganzen civilistischen Welt gegenüber. (Gelächter rechts.) Es bleibt dabei, daß einige Tausend Polen die Ruhe und Sicherheit des preußischen Staates nicht gefährden können.

Abg. Szmul (Centr.) spricht sein Befremden darüber aus, daß trotz der Erklärung des Reichskanzlers über die deutschfreundliche Haltung Oberösterreichs noch immer mit den Ausweisungen oberösterreichischer polnischer Arbeiter zum Schaden der darunterliegenden Industrie fortgeschritten werden. Wie die öffentliche Meinung von der Reaktionspresse gegen die Polen fabricirt werde, zeige die Inszenierung einer Petition oberösterreichischer Arbeiter, welche die Konkurrenz der polnischen Arbeiter durch die Ausweisung niedergehalten wünschen wollten. Von dieser Petition habe lediglich die „Nord.“ Allg. Ztg.“ berichtet. Nun zeige aber ein Bericht des deutschen Montanindustriellen, daß die Petition lediglich durch eine auswärtige Agitation künstlich hervorgerufen sei. Statt die Polen auszuweisen, sollte man lieber die Sperre gegen Russland aufheben, um der Industrie aufzuhelfen. Was dann, wenn die russische Regierung Repressalien übt? Womit könnte man die Polenheze rechtsetzen? Seit 1863 sei nichts illegales vorgekommen. Gründung politischer Zeitungen und Theater seien doch keine Agitation.

Abg. Ritter: Wir werden die Mittel zur Vermeidung der Landsgendarmerie bewilligen, weil wir sie zur Bewachung der Grenze für notwendig halten. Dr. Taetzel hat meine Berichte aus Strasburg und Thorn lediglich bestätigt. In Bezug auf diese ländlichen Bezirke ist diese Maßregel sofort anzugehen worden. Dagegen ist man in den Städten, wo gar keine Gefahr der Polonisierung vorhanden war, mit der größten Streng vorgegangen. Also wo das Interesse des Gutsbesitzers in Frage steht, sieht man die Maßregel zurück, obwohl es sich hier um den gefährlichsten Punkt in Bezug auf die Polonisierung handelt. Neulich hat der Abg. Windthorst den Minister aufgefordert, endlich einmal diejenigen Nachweisungen diesem Hause mitzuteilen, die ihm jedenfalls über die Ausweisungen zu Gebote stehen, und zwar getrennt nach Confessionen und Berufsklassen. Vielleicht hätte der Minister die Güte, schon heute diese Nachweisung zu geben? Ich möchte auch, daß der Minister in Bezug auf den Fall Mansfield seine Hände, unbegründetes Urteil zurücknimmt. Der geliebte Prinzipal hat sich gemeldet, Dr. Möller ist bereit, den Namen des selben zu nennen. Ich glaube, er heißt Fräulein. In Bezug auf den Fall Gudel wird mir aus Danzig bestätigt, daß dieser Mann in der That seine Kinder nicht ordnungsmäßig geführt hat, weil er in dieser Beziehung unerschoren war. (Aha! rechts.) Ist das denn ein Grund, ihn auszumelden? Die öffentliche Gerichtsverhandlung wird ja darüber nicht verbreiten. Schließlich noch ein Wort über die Reden des Reichskanzlers. Nach der „Voss. Ztg.“ werden auf Kosten des Preissfonds die Reden des Reichskanzlers in soundloch hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und den amtlichen Kreisblättern beigelegt. In welcher Form diese Veröffentlichung erfolgt, zeigen folgende Ueberschriften: „Die preußische und ausländische Demokratie verbündet sich mit den Polen gegen Preußen. Fürst Bismarck verfolgt als Ziel die Entwicklung der deutschen Nationalität, wird aber von der Fortschrittspartei darin bekämpft. (Sehr richtig! rechts.) Die Fortschrittspartei bekämpfte 1863 die nationale Politik der Regierung und stiftete dadurch die Stellung Napoleon III. (Heiterkeit!) Abg. Windthorst tritt im Reichstage für die Bestrebungen auf Wiederherstellung des Königreichs Polen auf. (Heiterkeit! Hört! hört!) Begünstigung der polnischen Bestrebungen durch die Oppositionsparteien. Blit in die Zukunft. Gefährdung des Reichs durch die Obstructionspolitik des Reichstags. (Sehr wahr! rechts.) Windthorst begünstigt die Zersetzung des Reichs. Aehnlichkeit unserer Verhältnisse mit den englischen. Die Parvenullen und die Polen. Das Centrum und der Fortschritt dienen den Polen als Biedestal.“ In dieser jämmerlichen, erbärmlichen Weise werden die Reden dieses hervorragenden Staatsmannes in die Welt gebracht. Fühlt der Minister nicht, daß das kein Kampf ist, wie ihn die Regierung in Anwendung bringen kann? Ich habe nicht nötig, irgend ein Wort darüber zu sagen. Das preußische Volk wird wissen, was es von einer derartigen Macht zu halten hat. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Die Bewehrung der Gendarmerie ist nicht nur nötig, um den künftigen Zugang politischer Unterthanen zu verhindern, sondern auch die betreuenden Leute durch Anwendung unmittelbarer Zwangs in ihre Heimat zurückzuführen. Ich freue mich, daß der Abg. Ritter diese Forderung bewilligen will. Wenn er aber meint, daß die Regierung in der Ausweisungsfrage unverkennbar Stellung nehme zu Gunsten der landwirtschaftlichen Interessen gegenüber denen des Handels, so muß ich dies entschieden zurückweisen. Ich verweise nur darauf, daß in Königsberg alle diejenigen ausländischen Elemente, deren Zurückweisung an sich notwendig und gerechtfertigt ist, mit dauernden Bestrafungen bedacht sind, welche von der Königsberger Kaufmannschaft mit Rücksicht auf den legitimen Handel als notwendig bezeichnet sind. Man wird in Bezug auf Danzig dasselbe thun. Man hat es schon gethan und ich will noch heute an den Hrn. Oberpräsidenten in dieser Beziehung schreiben. (Abg. Ritter: Sehr angenehm!) Die von Hrn. Windthorst gegebene Statistik zu geben wird doch ein recht schwieriger Punkt sein, weil eben diese Verhältnisse nicht mehr zu überleben sind. Für den allgemeinen Zweck, der hier vorliegt, scheint auch diese Statistik von keinem Belang. Die Schlussbemerkungen des Hrn. Vorredners sind charakteristisch. Er spricht mit einem Wort der Regierung das Recht ab, Ausweisungen hervorragender Staatsmänner durch die Organe, die ihr zu Gebote stehen, oder sich ihr anbieten, in die Öffentlichkeit zu bringen. Was die Art und Weise der Veröffentlichung betrifft, so möchte ich doch die Herren dringend bitten, ein kleines Bütten vor ihrer eigenen Thür zu kehren. Was freilich Zeitungen über Regierungsmaschinen geben, dagegen ist das, was Dr. Ritter hier vorgelesen, ein wahres Kinderpiel. Der „Reichsfreund“ bringt fast in jeder Nummer Artikel, deren bloße Ueberschriften eine Masse von Geschäftigkeit und Vergnügung zu führen. Ich neige keinen Anstand, öffentlich zu erklären: der Wunsch besteht, und zwar ist er nicht entstanden beim Reichskanzler, sondern bei seinen politischen Freunden, diese seine großen Reden

in besonderen Exemplaren denjenigen Blättern beizulegen, welche geeignet sind, für die Regierungspolitik einzutreten. Keine Landesvertretung der Welt wird gestehen, in dieser Beziehung ihre eigene Regierung mit Handbüchern zu versehen. Aus welchem Fonds diese Maßregel bestreiten wird? Sie wird bezahlt aus den Fonds der Zeitungen, welche es sich angelegen sein lassen, dieß Veröffentlichung zu machen. Seiner Partei scheint Herr Ritter Alles durch die Finger zu sehen. Er kann aber nicht sagen, ich verhorre sie, daß das, das geht mich gar nichts an. Der Reichsreund trägt an der Stirn „gegründet von Eugen Richter“

Abg. Ritter: In der Erklärung des Ministers

berechtigt mich eine Ausführung zu der Hoffnung, daß

er in Bezug auf einzelne Fälle doch eine milder Praxis

einnehmen lassen wird; ich spreche dem Minister meine

Befriedigung darüber aus. Zu meinen Darlegungen hat

mir ja lediglich das Gefühl getrieben, daß hier in der

That unverantwortliche Härten vorgelegen haben, und

ich werde es stets rücksichtslos anerkennen, wenn der

Minister sich bemüht, solche wieder gut zu machen. Der

letzte Theil seiner Rede ist nun wieder eine ganz aus-

gezeichnete Illustration unserer inneren Verhältnisse. Nicht

darüber fragt ich, daß die Rede des Reichskanzlers ver-

breitet wird, sondern darüber, in welcher jämmerlichen

und erbärmlichen Form sie ausgenutzt wird. Hat der

Minister denn nicht erkannt, daß in den verlesenen Ueber-

schriften die schamhaften, schamvollen Verleumdungen von

Patrioten enthalten sind? (Sturmische Zustimmung

links und im Centrum.) Sollen wir denn als

Parties preisgegeben werden, und noch dazu

in dieser offiziellen Form? Mit seiner Stellungnahme

hat er wieder einmal bestätigt, daß wir ein Parteid-

regiment Puttkamer haben: „Ihr kämpft in den Zeitungen

mit solchen Waffen, die müssen wir dasseleben thun!“ Mit

diesen Worten tritt er ganz direct als Parteimann hier auf. Uns kann man doch nicht für jeden Artikel unserer

Presse verantwortlich machen; finden sich wirklich der-

artige schamlose Angriffe in ihnen vor oder ist der in

ihnen angeklagte Ton ein solcher, wie er mehrfach

charakterisiert wurde, so legen Sie mir doch solche Artikel

vor, dann desavouire ich sie. Thut aber der Minister

etwas Ähnliches? Nein, er antwortet ganz einfach:

„Eure Presse hat eben solche Dinge getrieben“ — und

dass solle er uns erst beseitigen. (Sursum contra bei den National-

liberalen.) Ich weiß ja, daß neuerdings solche Angriffe

von der Ministerbank gegen uns nicht bloß rechts,

sondern auch bei Ihnen hier (zu den National-

liberalen) einen guten Reformanhaben finden. Ich finde

es unverbürgt, daß von derselben Stelle aus, von wo vor

4 Jahren Hr. v. Bemmigen diese Manöver der offiziellen

Presse aufs schärfste gebrandmarkt hat, jetzt solche

Angriffe getüftelt werden. (Zwischenruf des Abg.

Eynern.) Hrn. v. Eynern kann ich jetzt auch den

Worten dafür liefern, daß die Nationalliberalen um die

Stimmen des Centrums in Mainz gehetzt haben; ein

Bruch des Reichstagabg. Rade aus Mainz hat mir die

That bestätigt. Wenn die Rede des Kanzlers mit derartigen infamen, großen Theile der Bevölkerung und ihrer Vertretung verdächtigen Ueberschriften verbreitet wird, so halte ich ein solches Vorgehen auch selbst vom

Standpunkte des Parteidregiments v. Puttkamer für un-

erlaubt und unerhört. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Es ist mir unverständlich,

wie aus meinen Aussführungen das Vorhandensein

eines Parteidregiments in Preußen herauftreten ist. Ver-

steht Dr. Ritter den Ausdruck in negativem Sinn, daß

die Regierung gegen eine bestimmte Partei im Lande

nachhaltig austritt, so acceptire ich ihn. Das will er

aber nicht. Er macht mit einer floskelhaften fiktiven Ent-

rufung einen Vorfall gegen die Regierung, und wenn

man ihn fragt, wie macht Ihr es denn (Abg. Ritter: wir machen es eben nicht!), so antwortet er, er sei nicht

beihilfigt, würde aber derartige immobile Angriffe gern

desavouiren. Ich glaube gern, daß er persönlich

eine so scharfe und anstößige Zeitungspolitik desavouieren würde. Das hilft ihm aber in diesem Falle nichts. Hier spricht er im Namen seiner Partei, und von dieser behauptet ich, daß keine Partei mehr Veranlassung hat, in dieser Beziehung stillschweigen zu beobachten, als die Fortschrittspartei. Der „Reichsfreund“ schreibt täglich hochgestellte Staatsbeamten, namentlich dem Reichskanzler, niederen Egoismus u. dgl. als Triebfedern ihrer Maßregeln unter. Ähnlich wird jede Partei, auch die nationalliberalen, behandelt, welche nicht hinter dem Freiheit herläuft. Mit seinen Blättern sieht die von Hrn. Richter patronierte Zeitung auf gleicher Stufe. Ich will auch die offizielle Presse nicht vertreten, aber man darf sich nicht wundern, daß es aus dem Walde herauskommt, wie man in ihm hineinreicht.

Abg. v. Eynern (nat-lib): Ich habe mit meinem

Zwischenruf vorhin keine Billigung, weder nach den einen,

noch nach der anderen Seite ausgesprochen. Wohlbilligt

Dr. Ritter wirklich den widertrüchtigen Ton der fort-

schrittslichen Presse, so sollte er doch endlich seinen Einstrom

in der Partei dahin gelten lassen. Was nun die Be-

hauptung, die nationalliberale Partei habe um die

Stimmen des Centrums gebeten, betrifft, so erkläre ich

dieselbe nach wie vor für unrichtig.

Abg. Ritter verliest hierauf den Brief des Abg.

Rade, in welchem behauptet wird, die Nationalliberalen

im Kreise Bingen-Alzey hätten sich um die Centrums-

stimmen für ihren Kandidaten v. Schauß beworben und

für die Unterstützung der Kandidatur Rade in Mainz

angeboten, auch schriftliche Garantien für das Verhalten

des Hrn. v. Schauß in den Kultuskampffragen gegeben.

Wobei allerlei Schwierigkeiten in den Weg legt,

indem sie mit den einzelnen Häuptlingen Verträge

abschließen, kraft deren sie alles Überland von der

Mündung des Nigers bis zur Mündung des

Elbe verhindern, und bei diesem alles Überland bis zur

Grenze seiner Schifffahrt bei Jola als Eigentum

erworben haben will und sogar das Anlegen fremder

Schiffe verbietet. In einzigen dieser Verträge sei

sogar die Bestimmung aufgenommen, wonach den

betreffenden Häuptlingen verboten sei, mit anderen

Weibern als den Angehörigen der Gesellschaft

Handel zu treiben oder solche überhaupt aufzu-

nehmen. Flegel habe in Folge der Hebereien

jener Gesellschaft von Jola unverrichteter Sache um-

treten müssen, und er werde jetzt versuchen, von der

Landespolizei vorzudringen. Die Erbitterung

der eingeborenen soll durch diese Gewaltanfälle der

Engländer so groß sein, daß Flegel bei der

weiteren Ausführung seiner Aufgabe den größten

Gefahren ausgesetzt sei. Die deutsche Regierung

werde zweifellos die englische an die auf der

Congo-Konferenz wie später im Vertrag mit Deutsch-

land im Mai vorigen Jahres übernommenen

Pflichten erinnern. Falls England denselben nicht

nachkomme, so schließt der Artikel der „Kölner B.“,

spruch zu erheben gegen die Erklärung der Commission, schon aus dem einfachen Grunde, weil er, der Minister, überzeugt sei, daß jeder einzelne Abgeordnete und Landesbewohner es mit dem eigenen Gewissen abstimmen habe, in wie weit er unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die man heute noch nicht übersehen könne, sich gebunden erachte durch den früher geleisteten Eid. Hierdurch erklärte sich Abg. Salentini befriedigt. Die Gejegesvorlage wurde, wie gemeldet, einstimmig angenommen.

* In Warendorf (Westfalen) starb am 5. d. der Gerichtsrath a. D. Brochhausen, der im Jahre 1848 einen westfälischen Wahlkreis im Frankfurter Parlament vertreten hatte.

Oesterreich-Ungarn.

Bien, 9. Februar. Das Unwohlsein des Kronprinzen Rudolf ist ein ganz leichtes, durch Erkrankung hervorgerufenes und das Befinden heute ein durchaus befriedigendes. Bulletins werden überhaupt nicht ausgegeben. (W.T.)

Frankreich.

Paris, 9. Februar. Die Deputirtenkammer beschloß, verschiedene Anträge in Erwagung zu ziehen, nämlich den Antrag Ballue auf eine Reform der Steuerveranlagung, ferner den Antrag Thiers auf Einführung einer Aufenthaltssteuer für Fremde und einen Antrag, wonach ausschließlich französische Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten verwendet werden sollen.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus St. Quentin haben viele Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik dürfte demnächst beendet sein. (W.T.)

England.

London, 8. Februar. Der „Köln. Blg.“ wird gemeldet: Das Gericht, daß an Stelle Lord Roseberry's Sir Charles Dilke das Ministerium des Auswärtigen übernehmen sollte, wird in liberalen Kreisen als falsch bezeichnet. Dilke wird gegebenenfalls die Admiraltät erhalten, auf welche Chamberlain zu Gunsten Dilkes verzichtet hatte und welche Lord Ripon aus Gefälligkeit gegen Gladstone zeitweilig übernahm.

* [Die englische Flotte im Jahre 1885.] In England ist man fortgeschritten mit der Ausarbeitung des Planes zur Vermehrung des Flottenmaterials.

Als die afghanische Frage den Weltfrieden zu bedrohen begann, glaubte man an einen plötzlichen Krieg mit Russland. Die englischen Werften haben das Flottenmaterial vorbereitet, die sämtlichen disponiblen Schiffe armirt und die Handelsflächen haben ihre besten Dampfer bereitgestellt, damit dieselben als Auxiliarkreuzer Verwendung finden sollten.

Von dem ersten Augenblide an war es aber den Augen der aufmerksamen Beobachter nicht entgangen, daß England unfähig sei, sich in einem maritimen Krieg zu verwirken und daß seine Flotte einer Neugründung bedürfe. Das vorübergehende Gewitter ist jedoch für England nicht ohne Lehre geblieben.

Die Admiraltät zog aus einem Theil ihrer Streitkräfte zur See schleunigst ein Evolutionsgeschwader zusammen, welches maritime Probleme zu lösen hatte, und stellte dasselbe unter den Oberbefehl des Admirals Hornby. Diese imposante Vereinigung von Kriegsschiffen, so wenig honorig sie auch war, hat an der irischen Küste eine Reihe von Manövern ausgeführt, welche gezeigt zu haben scheinen, daß ein vor Anker liegendes und durch improvisierte Schwimmbarricaden geschütztes Geschwader nichts von einer Torpedobootattacke und kleinen Fahrzeugen zu fürchten hat; daß ferner ein auf fremder Rhône verantwortes und durch Stahlrahmen geschütztes Panzergeschwader alle Angriffe der Torpedoböte vereiteln kann; und schließlich, daß die von den Engländern adoptierten Torpedoböte erster Classe auf See unbrauchbar und für die Besatzung gefährlich waren. In Folge dessen hat England 50 neue Torpedoböte bestellt, die eine Länge von 38 Met. haben und von denen man bessere Resultate erwartet. Im Ganzen hat sich das Jahr 1885 in England durch eine lebhafte Aufmerksamkeit, durch ernste Vorbereitungen für die Zukunft und durch die prinzipielle Verdammung alles alten Materials gekennzeichnet.

Spanien.

* [Ein interessantes Gericht], das freilich nur mit großer Reserve aufzunehmen ist, thieilt der Madrider Correspondent der „Kreuzztg.“ mit: Das Gericht befagt, daß in Spanien Bestrebungen gegen die Sicherheit der französischen Republik vorhanden wären. Nach diesem Gericht wären die Orleans sowohl in Frankreich als in Spanien ganz außerordentlich häufig und gewinnt an Einfluß in denselben Maße, als die Bourbons verlieren. Hier in Madrid soll im bourbonischen Lager, an dessen Spitze Isabella II. steht, eine Concentration aller ergebenen Kräfte beobachtigt sein und zu demselben Zwecke wäre der König Don Francisco nach Madrid gekommen. Auch die Strenge, mit welcher der Herzog von Sevilla bestraft wird, wird als auffällig bezeichnet, und man erinnerte daran, daß sein Vater, der Infant Heinrich, im Duell von dem Herzog von Montpensier getötet worden ist, welcher jetzt im Begriff steht, seinen Sohn mit der Infantin-Enkelin, — das einzige Mitglied der Bourbons, welches heute im Palast in Ansehen steht, — zu verheirathen. Ihre Schwester, Doña Isabel, und die Königin-Mutter Isabella II., sieht man niemals an der Seite der Königin-Regentin.

Im übrigen glaubt jedoch der Correspondent nicht daran, daß auf spanischem Boden Unternehmungen gegen die französische Republik geschniedet werden, wenn man auch jede Erhöhung derselben in gewissen Kreisen gern sehen würde.

Belgien.

Brüssel, 7. Februar. Von Congonachrichten ist zu erwähnen, daß die sämtlichen drei Agenten Van Gele, Granzoff und Bäterinks, die das Commando an den Stanleyfällen übernehmen sollten, am Congo so schwer am Fleibe erkrankt sind, daß sie sich nach Europa wieder einschiffen müssten. Auch Dr. Lenz ist schwer erkrankt in Leopoldville angelkommen, jetzt aber wiederhergestellt.

Lieutenant Coquillart geht jetzt nach dem Congo mit zwei Artillerie-Unteroffizieren und zwei Kanonen; letztere sind für die Stationen des Obercongo bestimmt; die Unteroffiziere sollen die eingeborenen Soldaten im Gebrauch der Kanonen unterweisen. — Die ersten mit den neuen Congopostmarken frankirten Briefe sind jetzt vom Congo hier eingetroffen.

Die nächsten Abfahrten nach dem Congo finden am 14. d. M. von Rotterdam und am 24. d. M. von Liverpool aus statt.

Von der Marine.

* Die Panzerfregatte „Friedrich Karl“ (Commandant Capitän zur See Stempel) ist am 9. Februar e. in Gibraltar eingetroffen.

Danzig, 10. Februar.

Wetteransichten für Donnerstag, 11. Februar. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei wenig veränderlicher Temperatur und aufstrebenden Winden von unbestimmter Richtung ver-

änderliche Bewölkung. Keine oder geringe Niederschläge.

* [Von der Weichsel.] Die Weichselstrecke von Bialskau abwärts bis zur Weichselmündung bei Neufahr ist jetzt wieder in Folge der anhaltend gelinderen Witterung eisfrei. Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3,38 Meter.

* [Russischer Getreideexport.] Daß Russland, durch die deutschen Getreidezölle angepoint, es an Bemühungen, seinen Getreideexport über die eigenen Höfen zu lenken, nicht fehlen läßt, ist längst bekannt. Weitere Maßnahmen nach dieser Richtung stellt nun eine Correspondenz der „Kreuzztg.“ — die sicher nicht in dem Verdacht steht, Segnerin unserer Getreidezölle zu sein — in Aussicht. Sie meldet aus Petersburg vom 7. d. Mts.: „In Regierungsfreien wird gegenwärtig ein Project erörtert, durch welches bedeutende Vergünstigungen für den Handel mit Exportgetreide herbeigeführt werden sollen. Zu diesem Zweck sind alle russischen Consulate in den europäischen Ländern aufgefordert worden, Mittheilungen über die für den Getreidehandel an den hervorragendsten Getreide-Handelsplätzen geltenden Bedingungen zu machen.“

* [Ein abnormer Geburtsfall.] Im heutigen Stadtlaizareth wurde gestern die 22-jährige Arbeiterin Clara D. zuerst von Zwillingen und eine Stunde später von einem dritten Kind entbunden. Die Zwillinge sind Mädchen, die von der Brust bis zum Unterleibe zusammengewachsen, und zwar Gesicht gegen Gesicht. Die vier Arme und vier Beine waren vollständig normal ausgebildet, ebenso die beiden Köpfe. Schon etwa eine Stunde nach der Geburt erloch in dem Zwillingspaire das Leben, während der später geborene Knabe sich gesund und munter befindet.

* [Wagnerfeier.] Zum Andenken an den Todestag Richard Wagner's (13. Februar) wird am Freitag im biegen Stadttheater „Tannhäuser“ aufgeführt werden, wobei der Pilgerchor, welcher meistens die Strapazen einer Romwallfahrt nur zu deutlich verrät, diesmal durch freiwillige Bütter verstärkt werden soll. Der Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“ soll die Vorstellung einleiten.

* [Auszeichnung.] Dem Secretär beim Provinzial-Schul-Collegium hier selbst, Herrn Dr. Körke, ist durch allerhöchste Cabinets-Ordre der Charakter als Rechnungs-rath verliehen worden.

* [Verpatzung.] Der Dirschauer Aufschluß vom Berliner Nacht-Courierage traf heute um 22 Min. später hier ein, wahrscheinlich wegen Verspätung des Hauptzuges.

* [Unglücksfälle.] Der Arbeiter Robert Boltmann starb gestern in der Weidengasse in Folge eines epileptischen Krampfanfalls zur Erde und wurde von einem Polizeibeamten ins Stadtlazareth gebracht und dort aufgenommen. — Dasselbe fand auch der Arbeiter Ewald Böhle aus Unterlahnburg Aufnahme. Er war mit der rechten Hand zwischen die Steine der im Gange befindlichen Mühle geraten, wobei ihm der kleine Finger total zerquetscht wurde.

* [Polizeibericht vom 10. Februar.] Berichtet: drei Arbeiter, 1 Mädchen, 1 Frau wegen Diebstahls, ein Zimmergeselle wegen Sachbeschädigung, 1 Döfonom wegen Mißhandlung, 1 Dirne wegen groben Unfugs, 34 Obdachlose, 4 Bettler, 10 Dirnen, 1 Mädchen wegen unbefugten Betretens der Festungswerte. Im Laufe der vergangenen Woche wurden 29 Personen wegen Bettelns und 32 Dirnen zur Haft gebracht. — Gestohlen: eine Sparbüchse von Holz, enthalten 18—20 M., 1 seidene Geldbörse mit 80 M., 5 M. baues Geld, 3 lebende Süßner.

Gefunden: 1 Mäststock, abzuholen vom Schüler Walter Greiner, Alsdottland 57/58; 1 blaueidesnes Tuch, abzuholen von der Polizei-Direction.

Elbing, 9. Februar. Im Falle eines Beschlusses des Kreisausschusses war die Neuwahl eines Mitgliedes des Elbinger Kreistages für die Ortschaften Wittenfelde, Bogelang, Leichhof, sel. Bieland n. notwendig geworden. Diele fand keine statt und es wurde der seitherige Vertreter dieses Bezirks, Herr Gutsbesitzer Schwanan Wittenfelde, mit allen Stimmen gegen eine wieder-

(E.B.) gewählt.

* [Kunim, 9. Februar. Ausweisung.] Dem heutigen Synagoggen-Beamten Grünberg wurde heute vom Landrat o. Stumfeldt eröffnet, daß „in Folge der letzten Kammerverhandlungen“ (?) nicht daran zu denken sei, daß ihm eine Verlängerung seines Aufenthalts nach dem 1. April genehmigt werde. Nicht nur G., sondern auch seine Familie müsse bis spätestens 1. April Preußen verlassen. Grünberg ist aus Polen mit Vater von 5 kleinen Kindern. Sein Schiff findet hier die größte Theilnahme, denn G., der seit 16 Jahren in Preußen weilt, ist ein ruhiger und sehr ordentlicher Mann, der sich nie etwas hat zu Schulden kommen lassen.

Königsberg, 9. Februar. Der erste Eisenbahnzug von Cranz traf nach dem der Bahn infolge Schneetreibens zugefügten Unfalls wieder stünlich hier ein. (E.B.)

* [Bilbao, 9. Februar. Ausweisung.] Nach einem hier gestern gefassten Beschuß wird in diesem Jahre hier das Provinzial-Bundes-Schiffchen und die Seiter des zehnjährigen Bestehens des Bundes der Schüttengilden und Vereine und zwar am 13., 14. und 15. Juni d. J., also am Pfingstfest stattfinden.

Margrabowa, 7. Februar. Folgender Ausweisungshall wird der „Freisinnigen Blg.“ von hier mitgetheilt: Der Vater der russischen Domäne Margraben, Namens Hermann, ein Deutscher, obgleich russischer Untertan, hatte schon seine ältere Tochter in bisheriger Stadt eine höhere Töchterschule besucht, auch in bisheriger Kirche konfirmiren lassen. Um diese rein deutsche Erziehung auch seiner zweiten, vierzehnjährigen Tochter Amalie angedeihen zu lassen, gab er dieselbe in Pension. Dieselbe befürt hier Schule und Religionsunterricht und soll gleichfalls zum Herbst in der bisherigen Kirche konfirmirt werden. Dieses Kind erhielt Befehl, am 20. Februar ex-Preußen zu verlassen. Der nur drei Meilen von hier in Russisch-Polen wohnende Vater nahm meine Hilfe in Anspruch, um die Erlaubnis zum Vermeilen seiner Tochter bis zum Herbst am hiesigen Orte zu erwirken. Der Umstand, daß dieses Mädchen wohl schwierlich polnische Sitte und Lebensweise nach Preußen zu verpflanzen fähig und geeignet ist, hat mich veranlaßt, der Redaktion von diesem Vorfall, der von Wort zu Wort von mir vertreten wird, mit der Ermächtigung Mittheilung zu machen, dieselbe beliebig zu verwenden.

Bermische Nachrichten.

Berlin, 9. Februar. Prinz Wilhelm besuchte am gestrigen Nachmittag die diesjährige, im Hotel Kaiserhof veranstaltete Vereinigung der alten Herren des Bonner Corps „Borussia“. An der Commerstafel sah man auch den Reichsbank-Präsidenten v. Decken, den Oberst-Marschall Fürsten zu Salm-Reifferscheidt und den Regierungs-Präsidenten v. Pilgrim.

* [Duell.] An der Mühlheimer Heide wurde am letzten Sonntag Nachmittag ein Duell zwischen einem Kürassier-Offizier aus Deus und einem Studenten aus Marburg ausgefochten. Als die Duellanten je einen Schuß abgegeben hatten, ohne zu treffen, unterbrach ein Polizeibeamter das Duell.

* [Die Alstaatskosten in Bern.] haben einen großen Berliner erlitten. Am 5. Februar ist an den Folgen eines Blutsurzes Professor Dr. Franz Hirschwald er gestorben, welcher an der dortigen Universität systematische Theologie las. Zu Hirschwaldsbericht in Schlesien am 7. Dezember 1843 geboren, ist derseit nur 42 Jahre alt geworden. Nachdem er in Breslau erst Philosophie und Physiologie und dann Theologie studiert hatte, wurde er 1868 ordiniert und ging nach München, wo er mit Döllinger ein eifriger Gegner der neuen pädagogischen Lehre war. Im Jahre 1874 wurde er an die Werner Universität berufen, an der er bis zu seinem Tode den oben erwähnten Lehrstuhl inne hatte. Die Mutter des Verstorbenen war eine direkte Nachkommen Martin Luther's, sein Vater preußischer Beamter.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Februar. (Privat-Telegr.) Die Motive zu der Polen-Vorlage sind ganz kurz. In denselben wird ausgeführt, es werde nicht beansprucht, Geschenke zu machen, sondern entsprechende Zahlungen und Gelddoten zu verlangen. In Westpreußen und Polen ständen hunderttausend Hektar zum freiwilligen oder Zwangsverkauf, in Polen allein standen hundert größere Festungen zum Verkauf. Man beanspricht zuerst eine domaniale Gewirthschaftung, bis Colonien gefunden seien. Die Zeit sei günstig, deßhalb werde eine so hohe Summe bezahlt. Die Regierung verlange dabei möglichst freie Hand.

Börsen - Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 10. Februar.

Gr. v. s. Gr. v. s.
Weizen, gelb 4% russ. Anl. 80 86,80 86,60
April-Mai 151,20 152,00 Lombarden 214,50 214,50
Sept.-Okt. 161,50 162,20 Franzosen 427,00 426,00
Roggen Ored.-Action 499,00 497,00
April-Mai 135,00 135,50 Disc.-Comm. 201,90 200,50
Sept.-Okt. 139,20 139,70 Deutsche Bk. 154,00 153,75
Petrooleumpr. 200 g Laurahütte 85,75 85,60
Februar 24,00 24,00 Oestr. Noten 161,50 161,55
Rüben Russ. Noten 201,05 200,30
April-Mai 43,80 43,90 Warsch. Kurz 201,00 200,10
Sept.-Okt. 45,80 45,80 London kurz — 20,42
Spiritus Februar 37,70 38,00 London lang — 20,35
do. do. SW.-B. & A. 69,90 69,10
do. do. 1/2 Consols 105,00 105,00 bank 133,50 133,50
Pfandbr. 98,20 98,40 mühle 103,50 103,50
do. do. 101,40 101,40 Mlawka St.-P. 115,00 114,00
do. do. 94,50 94,10 do. St.-A. 58,40 58,40
do. do. 82,60 82,50 Ostpr. Süd. 120,00 117,00
Ung.-G. R. 62,60 61,60 Stamm-A. 96,60 97,60
Neueste Russen 99,20 Danziger Stadtanleihe 102,70
Fondsbrise. fest.

Neueste Russen 99,20 Danziger Stadtanleihe 102,70

Fondsbrise. fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 10. Februar.

Weizen loco unverändert, 7% Tonne von 1000 Kilogr. feingeschl. u. weiß 126—133 138—155 M. Br.
hochbunt 128—133 138—155 M. Br.
hellbunt 120—129 124—148 M. Br. 112—152
punt 120—129 120—146 M. Br. M. bez.
rot 120—130 120—146 M. Br.
orthodox 105—128 95—130 M. Br.

Regulierungspunkt 126,50 bunt lieferbar 129 M.

Auf Lieferung 126,70 bunt 7% April-Mai 133 M.

bez. 7% Mai-Juni 134,1% M. Br. 134 M. Br.,

7% Juni-Juli 136,4% M. Br. 136 M. Br.,

7% September-Okt. 141 M. Br. 140,4% M. Br.

Roggen loco höher, 7% Tonne von 1000 Kilogr. 91 bis

93 M. bez.

Regulierungspunkt 120,70 lieferbar inländischer 118 M.

unterpol. 93 M., translt 92 M.

Auf Lieferung 7% April-Mai inländischer 123,4% M.

Br. 123 M. Br., do. unterpoln. 98 M. Br.,

97,5% M. Br., do. translt 96,5% M. bez., 7% Mai-

Juni translt 98 M. bez.

Grieß 7% Tonne von 1000 Kilogr. große 111/27 116

bis 120 M. bez., kleine 100/100 100 M. bez.

Grieß 7% Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- 120 M.</

Complete
Einrichtungen.

L. Cuttner's Möbel-Magazin

empfiehlt in solider Arbeit, reichhaltiger Auswahl und billigsten Preisen
Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
13, Langgasse 13.

Zimmer-
Decorations.

Gute Mittag 12^½ Uhr wurde meine
liebe Frau Jenny, geb. Halt, von
einem Töchterchen glücklich entbunden.
7514) Otto Feitse
Danzig, den 10. Februar 1886.

Vom 16. d. M. ab befindet
sich mein Bureau

Hopengasse 50.
Holder Egger,
7475) Justizrath.

Marienburger Geld-Lotterie 3,00 M.
Kinderstättelotte Zoppot 1,00 M.
Ulmer Münsterbauweise 3,50 M.

Zu haben in der
Expedition der Danziger Zeitung.

Loose der Zoppoter Kinder-
Heilstätten-Lotterie a 1 M.

Loose der Kölner Dombau-
Lotterie (bei der General-
Agentur in Köln bereits vergriffen)
a M. 3,50.

Loose der Marienburger Geld-
Lotterie a M. 3

Loose der Ulmer Münsterbau-
Lotterie a M. 3,50 bei

Th. Bertling, Gerbergasse.

Cölnner Dombau-Loose a M. 3. (7342)

Moritz Schlesinger, Königsb. i. Pr.

Hotel
Deutsches Haus,
Danzig,

Holzmarkt Nr. 12,
empfiehlt seine gut eingerichteten
Fremdenzimmer von a 1,50 an,
sowie seine Restaurations-Räumlich-
keiten zur geselligen Benutzung.
4843) Hochachtungsvoll

A. Küster.

Süße dunkelrothe
Wiessina-

Apfelsinen

empfiehlt (7488)

A. Fast,

Langenmarkt 33/34.

Einen kleinen Nest

Marocco -

Datteln

verkaufe mit 50 g. per 1/2 Kilogramm.

Carl Schnarcke,

Brodbänkengasse 47.

Fette Puten und Kapuinen,

große Hasen per Stück 3 M.

empfiehlt (7504)

Magnus Brätko.

Ganz frische Maranen verkaufe

Freitag, Sonnabend, Mittwoch

Kohlenmarkt. Bestell. erh. Brandg. 9 c.

partiere. Kreft, Seebesther

Geisengießerei

C. G. Springer,

Danzig,

Niedersstadt, Weidengasse Nr. 35,

liefert rohe und bearbeitete

Gukwaaren,

mit und ohne Modell, oder mit

Maschinen geformt in bester Qualität

und sauberster Ausführung.

NB. Roststäbe als Massenartikel

billigt. (5291)

Export-Säcke

zu See, z.B. schwer und darüber,

Sämereien, Chemicalien,

Colonial-Waaren,

Salz, Vieh, Zuer etc.

Farbige gute Säckbänder

empfiehlt zu billigen Preisen

P. Bertram,

Säcke-, Bläne- u. Decken-Fabrik,

Sack- u. Plan-Verleih-Geschäft,

Danzig, Milchfannengasse 6.

Blühende Rosen,
große Auswahl anderer blühender
und nichtblühender Gemüse,
Blumen-Arrangements in jeder
Form und feinster Ausführung
empfiehlt billigst

A. Bauer,

Langgarten 38. (7275)

Kaminholzen
schöner Qualität ex Schiff offerirt nach
Gewicht billigt (7379)

Albert Fuhrmann.

Maslengarderobe

empfiehlt auch nach außerhalb

H. Volkmann, Mäklersche-

gasse 8.

Träcks zu Festlichkeiten werden

stets verleihen Breit-

gasse Nr. 36 bei J. Baumann.

Brennmaterialien

aller Art empfiehlt und bitte um

zahlreiche Aufträge

Adolph Zimmermann,

Holzmarkt 23, 1 Tr. u. Lastade 34.

Zwanzigste Ziehung. Söller Dombau-Lotterie zur Freilegung des Söller Domes.

Ziehung am 25. u. 26. Februar 1886.

Haupt-Geld-Gewinne:

75 000 M., 30 000 M., 15 000 M., ferner 2 à 6000 M., 5 à 3000 M.,
12 à 1500 M., 50 à 600 M., 100 à 300 M. und noch 1200 Geldgeminne
mit zusammen 90 000 M.; außerdem noch Kunstwerke im Werthe von
60 000 M.

Loose à 3 Mf. 50 Pf. in der Expedition der
Danziger Zeitung.

Ermuthigt durch die allbekannte Opferwilligkeit der Einwohner
Danzigs, welche zu helfen gerne bereit sind, wo es die Unterstützung gemein-
nütziger Anstalten gilt, haben die Unterzeichneten es unternommen, am
7. März wieder einen

Bazar

zum Besten des St. Marien-Krankenhauses
zu eröffnen.

Der Segen, den diese größtentheils durch milde Gaben unterhaltene
Anstalt den Kranken aller Konfessionen spendet, ist ja in allen Kreisen be-
kannt und wir dürfen uns der frohen Erwartung hingeben, daß wohlwollende
Unterstützung uns nicht fehlen wird.

Wir bitten daher um geneigte Gaben für den Bazar und werden jedes
Scherlein dankbar annehmen.

Danzig, den 6. Februar 1886.

Marie,

Prinzessin von Hohenzollern,

Schloss Döiba.

Frau S. Amort, Langgasse 4. Frau L. Bönig, Frauengasse 3. Frau
A. Törs, Langgasse 67. Frau C. v. Grunhansen, Neugarten. Fr. Dethe,
Vorstadt. Graben 29. Frau Jint, Schwarze Mier 10. Fr. v. Brautenberg,
Wallplatz 3. Fr. Fritsch, Heil. Geistgasse 25. Fr. A. Fuchs, Brodbän-
kengasse 40. Fr. Hagemann, Langgarten 38. Fr. Heidsel, Hundegasse 25.
Fr. M. Hewelke, Joveng. 35. Fr. L. v. Höfns, Langenmarkt 36. Frau
Jünke, Jovengasse 11. Fr. v. Alsdorff, Heil. Geistgasse 132. Fr. v. Koch,
Brodbänkeng. 24. Fr. Th. Walewska, Heil. Geistgasse 141. Fr. Milenz,
Langenmarkt 23. Fr. Daudis, An der Mottlau 7. Fr. Poschmann, Brodbän-
keng. 36. Fr. Pfannenhardt, Wallgasse 4 u. 5. Fr. Nothe, Laßdorff 35b.
Fr. v. Nill, Heil. Geistg. 34. Fr. v. Rappmund, Strandg. 7. Fr. Saage,
Fleischergasse 84. Fr. Scheele, Hundeg. 63. Fr. Schmidt, Strandgasse 7.
Fr. Schulz, Langenmarkt 23. Fr. Semann, Langubr. Fischenthalerweg 24.
Fr. Siewert, Fleischerg. 62 u. 63. Fr. v. Steglitz, Laßdorff 1. Fr. v. Thun,
Jovengasse 46. Fr. v. Böller, Strandgasse 7. Fr. v. Winter, Gerbergasse 5.

Gewinn-Nummern der Bazar-Lotterie des Reimicke-Stifts.

5 7 10 11 16 21 22 23 24 31 33 36 39 43 45 49 53 58 56 57 59 61 65
66 70 71 72 80 83 84 89 93 95 107 10 11 12 14 15 16 18 21 27 28 31 32
36 38 39 43 44 45 49 54 55 57 63 64 67 69 71 73 80 82 85 88 91 94 96
97 98 200 1 3 8 13 14 21 22 23 24 34 36 39 40 41 45 46 47 48 52 53
55 56 58 59 61 62 64 66 67 70 75 76 79 86 87 83 92 94 95 303 4 7 8 11
12 14 15 18 21 23 27 28 30 31 32 33 34 35 36 39 44 45 46 49 53 54 55 56
58 59 60 68 71 73 79 80 91 92 95 96 98. 400 1 4 7 8 9 10 13 14 15
18 28 29 32 35 38 40 41 42 43 44 46 47 50 51 53 63 67 69 70 72 75 78
79 81 85 88 90 91 96. 50 4 6 7 8 9 10 11 14 15 16 18 19 20 24 28 30
34 35 36 37 39 40 41 43 44 49 53 56 58 60 64 65 66 72 74 75 76 77 78
79 81 85 88 87 89 93 96. 60 4 7 8 9 10 11 13 15 17 18 21 23
24 27 28 29 30 35 36 38 39 42 44 48 52 54 56 57 61 63 71 74 75 78 79
80 82 84 90 95 98. 701 6 9 10 11 12 14 17 23 24 26 28 30 31 34 37
41 42 45 51 59 60 62 65 66 67 68 69 78 82 84 85 87 93 94 97. 801 4
5 16 17 18 20 22 23 28 31 32 33 35 37 42 43 44 46 47 49 52 57 60
61 63 66 67 68 72 73 78 80 81 82 83 85 87 89 93 96. 909 9 12 15 18
20 23 25 30 35 37 39 40 41 48 54 55 56 57 58 59 61 62 64 73 80 85 89 91
97 1000.

Abholung der Gewinne Freitag, d. 12. u. Sonnabend, d. 13. Febr.,
Vorm. v. 9-2 Uhr, Tobiasgasse 27 bei Fr. Altmann. (7493)

Wahl der Gewinne am 14. Februar 1886.

Vor Abzug nach Berlin

Uuwiderruflich letzter großer

Maskenball.

Aufzüge und Neberraschungen aller Art werden geboten.

H. Meyer.

Kaufmännischer Verein „HANSA“,
Kreisverein des Verbandes Deutscher Handlungs-Gehilfen,
Abteilung für Stellenvermittlung.

Meldestelle Reitbahn Nr. 1 bei Hrn. Paul Schottke.

Die Herren Prinzipale werden gebeten, Anmeldungen von eintretenden
Vacancen uns gefälligst rechtzeitig zutreffen lassen zu wollen.

Gleichzeitig ersuchen wir sämtliche stellensuchenden Collegen ihre Be-
werbungsschreiben einzureichen. (7406)

Der Vorstand.

Märzen-Bier
der Wickboldsche Brauerei in Königsberg
empfiehlt in Gebinden und Flaschen die alleinige Niederlage

Robert Krüger, Hundegasse 34. (4867)

Export-Säcke

zu See, z.B. schwer und darüber,

Sämereien, Chemicalien,

Colonial-Waaren,

Salz, Vieh, Zuer etc.

Farbige gute Säckbänder

empfiehlt zu billigen Preisen

P. Bertram,

Säcke-, Bläne- u. Decken-Fabrik,

Sack- u. Plan-Verleih-Geschäft,

Danzig, Milchfannengasse 6.

Empfiehlt billigst

A. Bauer,

Langgarten 38. (7275)

Schöner Qualität ex Schiff offerirt nach
Gewicht billigt (7379)

Albert Fuhrmann.

Maslengarderobe

empfiehlt auch nach außerhalb

H. Volkmann, Mäklersche-

gasse 8.

Beilage zu Nr. 15689 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 10. Februar 1886.

Reichstag.

42. Sitzung vom 9. Februar.

In dritter Lesung werden die Etats des Bundesraths, des Reichstags, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes unverändert genehmigt. Beim Etat des Reichsamtes des Innern (Auswanderungswesen) bringt

Abg. Lingens (Centr.) die Mängel auf den deutlichen Auswanderungsschiffen wiederum zur Sprache.

Zum "Statistischen Amt" wird die Resolution von Baumgärtner und Schrader: "Die Regierungen zu erachten, dem Reichstag eine Denkschrift über die Durchführung und Wirksamkeit des Gesetzes über die Krankenversicherung vorzulegen" einstimmig angenommen, nachdem Staatssecretär v. Bötticher sich mit dem Antrag einverstanden erklärt.

Beim Reichs-Gesundheitsamt wiederholt

Abg. Lingens (Centr.) die Bitte, das Reichs-Gesundheitsamt möchte doch Untersuchungen darüber anstellen, ob die Anlage von Kirchhöfen in der Nähe bewohnter Ortschaften wirklich so gesundheitsschädliche Folgen habe, wie dies von manchen Seiten behauptet werde.

Beim Reichs-Versicherungsamt beschwert sich Abg. Kröber (Volkspr.) über unklare Antworten desselben. Das Amt habe ferner Strafverfügungen von Vorständen wenentlich herabgesetzt, damit in ihre Befugnisse eingegriffen und ihr Ansehen geschädigt. Redner führt verschiedene einzelne Fälle an. — Staatssecretär von Bötticher bedauert, über dieselben nicht unterrichtet zu sein.

Abg. Baumgärtner (freis.) hält die Zeit für eine eingehende Kritik des Reichs-Versicherungsamts und seiner Tätigkeit noch nicht für gekommen, constatirt aber, daß auch ihm ähnliche Fälle wie die von Kröber angeführten bekannt seien. Er regt sodann die Frage wegen ausreichender Entschädigung der durch die Reichsgesetzgebung blos gewordenen Beamten von Privatgesellschaften an und weist auf die Analogie beim Branntweinmonopol hin, wo doch das Reich eine umfangreiche Entschädigungsplast der dadurch außer Stellung kommenden Personen anerkenne.

Staatssecretär v. Bötticher. Ich werde gern überlegen, ob der Mitttheilung des Berichts, den das Reichs-

Versicherungsamt über die Geschäfte bis zum 31. Dezember 1885 erstattet hat, an den Reichstag irgend ein Bedenken entgegensteht. Dieser Bericht ist übrigens nicht mit dem identisch, dessen alljährliche Mitttheilung an den Reichstag der § 77 des Unfallversicherungsgesetzes ausdrücklich vor sieht. Dieser Bericht läßt sich noch nicht aufstellen. Die Versorgung der Beamten in Privat-Unfallversicherungs-Genossenschaften, welche durch das Unfallversicherungsgesetz außer Stellung gerathen sind, ist ein Gegenstand großer Fürsorge von Seiten des Reichs-Versicherungsamts gewesen. Soweit dem Reichs-Versicherungsamt bekannt geworden, sind 79 von diesen Beamten bei den Berufsgenossenschaften als Geschäftsführer u. s. w. angestellt. Zur Zeit sind noch 8 ehemalige Privatversicherungs-Beamte im Reichs-Versicherungsamt beschäftigt, nachdem mehrere andere aus dem Bureau des Reichsamts heraus bei den Berufsgenossenschaften Anstellung gefunden haben. Den Beamten eine besondere Entschädigung zu gewähren, hat der Bundesrat abgelehnt, und ich meine,

durch das Branntweinmonopol außer Thätigkeit gesetzt werden, doch nicht ganz paßt.

Abg. Schrader (freis.): Ich erkenne die Verschiedenheit zwischen den Beamten der Unfallversicherungs-Genossenschaften und den beim Branntweinhandel Beschäftigten an. Wegen dieser Verschiedenheit ist es nicht möglich, in gleicher Weise für die Ersteren, wie für die Letzteren zu sorgen. Das war aber gerade s. J. unser Bedenken. Im Uebrigen bedauere ich jenen Erlaß, durch welchen den Berufsgenossenschaften Portovergünstigungen gewährt werden, sehr lebhaft. Der Herr Staatssecretär beklagte es, daß man innerhalb der bestehenden Gesetze nicht noch weiter gehen können, ich dagegen beklage den Erlaß, weil er von dem Grundsätze, daß bezüglich der Portotarife Begünstigungen einzelner Personen oder Kreise nicht eintreten sollen, abweicht, denn er gewährt ausdrücklich den Berufsgenossenschaften ermäßigte Portosätze. Es ist dies um so bedauerlicher, als es eines der größten Verdienste der deutschen Postverwaltung war, die in den Postfreiheiten liegenden besondern Begünstigungen befestigt zu haben.

Director Fischer weist darauf hin, daß sich schon vorher in der Postordnung eine ganze Anzahl von Vergünstigungen finde, welche nur einzelnen Berufszweigen zu Gute kommen.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Militär-Etat wird ein Antrag Krug v. Nidda, die in zweiter Lesung gestrichene Forderung von 30 950 £ zur Erhöhung der Zahlmeistergehälter in den Etat wieder einzustellen, angenommen, nachdem v. Huene, Hänel und Kalle den Antrag aus Billigkeitsgründen empfohlen haben.

Abg. v. Saldern-Ahlimb (cons.) äußert sein lebhafte Bedauern über die in zweiter Lesung abgelese Forderung zur Erhöhung der Rationen für die Militärdienstvölker.

Abg. v. Wöllwarth (Reichspr.) spricht sich in gleichem Sinne aus. Die Forderung der Regierung scheine noch nicht einmal dem wirklichen Bedürfnis zu entsprechen.

Abg. Windthorst: Ich halte es nicht für möglich, daß die Regierung ihren Etat anders aufstellt, als nach dem ihrer Überzeugung nach vorliegenden Bedürfnis; ich muß deshalb gegen die letzte Ausführung des Herrn v. Wöllwarth Namens der verbündeten Regierungen protestiren. (Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Schellendorff: Die Regierungen fordern allerdings nur das, was sie nach ihrer gewissenhaften Überzeugung zur Fortsetzung einer guten Verwaltung für nötig halten. Hrn. v. Saldern danke ich herzlich für seine Ausführungen, die einen um so höheren Werth haben, als er eine bedeutende Autorität als ehemaliger höherer Cavallerie-Offizier repräsentirt. Die Regierung wird im nächsten Jahr ihre Forderung wiederholen.

Das Haus bewilligt die ordentlichen Ausgaben des Militäretats im Uebrigen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung; ebenso die des Marine- und des Justizetats.

Beim Etat des Reichsschamts haben zum Titel "Münzwesen" v. Huene, v. Schalscha, v. Kardorff u. Gen. beantragt, die Regierungen zu ersuchen, der Währungsfrage erneut die eingehendste Prüfung zu Theil werden zu lassen und dem Reichstage von dem Resultate dieser Prüfung Mittheilung zu machen.

Abg. v. Huene (Centr.) weist darauf hin, daß die Entwicklung der Währungsfrage es zur dringendsten

Nothwendigkeit für den Reichstag mache, Stellung dazu zu nehmen. Dies sei aber nur möglich, wenn genügendes Material zur Information vorliege. Solches Material wolle der Antrag schaffen.

Abg. Lenzchner (Reichspr.): Ich bin überzeugt, das Resultat der anzustellenden Ermittlungen wird im Sinne der Doppelwährung ausfallen. Verwahren muß ich mich auch entschieden dagegen, als ob die Anhänger der Doppelwährung irgend welche Sonderinteressen vertreten. Wir werden für die Doppelwährung trotz der neulichen Rede des Ministers v. Scholz auch ferner Propaganda machen. Redner schildert dann eingehend die Folgen, die eine fortgesetzte Entwertung des Silbers haben würde, und beleuchtet die Währungsverhältnisse anderer Länder, von denen sich die Länder mit Silberwährung sämtlich besser befinden als Deutschland. Der vorliegende Antrag bindet Niemand und kann von allen Parteien angenommen werden.

Staatssecretär v. Burchard: Der Reichskanzler wird, wenn die Resolution beschlossen wird, dieselbe zur Kenntnis der verbündeten Regierungen bringen. Der Antrag geht von einer nicht ganz zutreffenden Voraussetzung aus. Bei keiner der größeren Bundesregierungen ist die hochwichtige Frage der Währung je von der Lagesordnung verschwunden. Bis jetzt hat keine der verbündeten Regierungen eine Anregung zur Änderung des Währungssystems gegeben.

Abg. Woermann (nat-lib.): Nach der Erklärung, welche Herr v. Burchard abgegeben, brauche ich wohl kaum zu sagen, daß mir der Resolution trotz ihres harmlosen Wortlauts nicht zustimmen werden. Wir halten es für richtig, daß das Land sich beruhigt. Durch die beständige Agitation der Bimetallisten ist eine Unruhe entstanden, unter welcher der Handelsstand schwer leidet. Nach der Erklärung des Herrn v. Scholz waren wir der Meinung, daß nun eine Beruhigung Platz greifen werde, und daraus erklärt sich die große Befriedigung, die jene Rede hervorrief. (Abg. v. Kardorff: Das glaube ich!) Redner wendet sich nun gegen die Ausführungen Lenzchners und kommt zu dem Schluss, daß die Goldwährung unbedingt beibehalten werden muß.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Danzig, 10. Februar.

[Allgemeine Witterungsübersicht für den Monat Januar 1886.] Die barometrische Schwankung, verbunden mit unruhigem Wetter, welche sich um die Mitte der letzten Decade des Dezember eingestellt hatte, übertrug sich noch verstärkt auf die erste Decade des Januar. Das Barometer blieb während dieser Zeit ebenfalls fast immerwährenden, oft bedeutenden Schwankungen unterworfen, in Folge dessen sich denn auch häufig unruhige Witterung einstellte. Hervorzuheben in dieser Beziehung sind der 1., 2., 5. und 6., besonders letzternamenter Tag, an welchem es, während der ersten Hälfte der Nacht zum 7., in vollem Sturm aus westlicher Richtung wehte; wie denn überhaupt die vorherrschende Windrichtung während dieser Zeitperiode eine westliche war. Die Temperatur blieb bis zum 6. Abends mit geringer Ausnahme über Null, ging dann jedoch über den Gefrierpunkt und hielt sich hier bis zum Schlus der Decade; während der Nacht vom 7. zum 8. erreichte die Temperatur mit -14,6° den niedrigsten Stand während des ganzen Monats. Niederschläge in dieser Zeit kamen an 8 Tagen vor, waren jedoch ohne Ausnahme wenig belangreich.

Die zweite Decade, obgleich ihr Barometerstand im Mittel um 6 Millim. zu tief war, blieb im Verhältnis zur ersten Decade ruhig, nur am 16. traten aus südwestlicher Richtung Winde in der Stärke 5 bis 6 auf; im Uebrigen waren dieselben schwach und vielfach umlaufen, in den letzten 4 Tagen der Decade ausnahmslos aus SO-Richtung. Niederschläge kamen vor an 4 Tagen. Dieselben waren ebenfalls wenig ergiebig. Während der Nacht vom 10. zum 11. war bei NO-Winden ziemlich viel Schnee gefallen, und hatten sich bei den teilweise frisch auftretenden Winden an geeigneten Stellen Schneewehen gebildet, welche jedoch zu Verkehrsstörungen keinen Anlaß gaben. Am Schlus der Decade war die Erde mit einer ziemlich gleichmäßigen Schneedecke von ca. 9 Centim. Höhe bedeckt. Die Temperatur während dieser Zeit blieb bis zum 15. unter Null, von da bis zum Schlus der Decade stieg dieselbe wieder etwas, doch blieben die Nachttemperaturen ohne Ausnahme unter dem Gefrierpunkt; in Folge der anhaltenden Frostperiode hatte sich auf der Weichsel viel Eis gebildet, so daß am 15. die Passagierdampfer ihre regelmäßigen Fahrten einstellen mußten; doch wurde die Schiffsahrt auf diesem Theil der Weichsel nicht ganz geschlossen, denn einzelnen Frachtdampfern gelang es immer die Eisdecke zu durchbrechen. Die Eisfahrt so wie der Hafenkanal blieben während des ganzen Monats von stehendem Eis frei.

Die letzte Decade hatte im Mittel einen um 5 Mill. zu tiefen Barometerstand, doch waren die Schwankungen im Luftdruck äußerst gering, daher fast durchgehends eine nur schwache Luftbewegung herrschte und zwar ausnahmslos aus dem SO-Quadranten. Niederschläge kamen vor an 8 Tagen, dieselben bestanden mit geringen Ausnahmen aus Schnee, in Folge dessen sich gegen Schlus des Monats eine gleichmäßige Schneedecke von ca. 30 Centim. Höhe gebildet hatte. Am 29. fiel im Laufe des Tages Regen, wodurch bei dem herrschenden Frost große Glatt-eisbildung eintrat. Die Temperatur schwankte während der Decade um den Nullpunkt, an einigen Tagen etwas darüber, an andern Tagen mehrere Grade darunter, doch so, daß das Mittel der Temperatur während der Decade noch einige Grade unter Null blieb.

Die mittlere Monatstemperatur betrug -1,4 Grad gegen -1,3 Grad als bisherige Durchschnittstemperatur des Monats Januar, die Extreme derselben waren -14,6 in der Nacht vom 7. zum 8. und +6,5 um die Mittagszeit des 2.

Das barometrische Monatsmittel betrug nach den stündlichen Aufzeichnungen 755,3 Millim., um 5,1 Millim. zu tief gegen den normalen Stand. Die täglichen Schwankungen erreichten im Mittel einen Umfang von 4,7 Millim., hierbei war der 4. mit 13,0 Millim. am stärksten vertreten. Der absolute Druckunterschied stellte sich auf 23,3 Millim., wovon der höchste Luftdruck an mehreren Tagesstunden des 27. und 28. mit 766,9, der niedrigste am 5. um 2 Uhr Nachmittags mit 743,6 Millim. erreicht wurde. Die tägliche Periode im Luftdruck verlief in der Weise, daß um 2 Uhr Morgens, 11 Uhr Vorm. und 11 Uhr Abends die Maxima, um 7 Uhr Morgens und 2 Uhr Nachm. die Minima im Luftdruck eintraten.

Die Niederschläge aus Schnee und Regen bestehend betrugen in Summa 37,7 Millim.; dieselben verteilen sich über den Monat in der Weise, daß in der 1. Decade 10,2, in der 2. 5,5 und der letzten 21,9 Millim. fielen; die normale Niederschlagshöhe für den Januar beträgt 21,9 Millim.

